

Vom Scheitern einer technokratischen Vision

Kybernetik, Zukunftsforschung und Szenariotechnik in der schweizerischen Gesamtverteidigung, 1973–1989

von SIBYLLE MARTI

Überblick

Der Beitrag befasst sich aus einer wissens- und gesellschaftsgeschichtlichen Perspektive mit der Wissensproduktion der schweizerischen Sicherheitspolitik des Kalten Krieges. Dabei wird die These formuliert, die sicherheitspolitische Forschung der Schweiz stelle die Grundlage einer technokratisch inspirierten Planungsvision im Bereich der Gesamtverteidigung dar. In den 1970er Jahren zielte die sicherheitspolitische Forschung darauf ab, das Gesamtverteidigungssystem der Schweiz zu verbessern. Diese sicherheitspolitischen Grundlagenstudien und deren Kernstück – die Entwicklung von Bedrohungsszenarien – basierten zum einen wesentlich auf den miteinander verknüpften Wissensfeldern von Szenariotechnik, Zukunftsforschung und Kybernetik. Eine wichtige Rolle spielte zum anderen das Wissen von sicherheitspolitischen Experten, die einem exklusiven schweizerischen Machtzirkel angehörten. Bei den entworfenen Bedrohungsszenarien stand zunächst die ökonomische Bedrohung im Zentrum. Der Übergang von der Entspannungspolitik zum Zweiten Kalten Krieg führte sodann zu einem Wandel in der Bedrohungswahrnehmung. Dabei kehrte das Bedrohungsbild der atomaren Katastrophe in die Öffentlichkeit und die Politik zurück. Ebenfalls auf der Wissensgrundlage von Szenariobildungen wurden in der sicherheitspolitischen Forschung der 1980er Jahre deshalb die Folgen eines Nuklearkrieges studiert. Ziel war es, Handlungsmöglichkeiten für ein Weiterleben zu erarbeiten. Wie der Beitrag zeigt, scheiterte dieser technokratische Ansatz allerdings: Dieselben Planungstechniken, die eingesetzt worden waren, um Beherrschbarkeit zu suggerieren, unterminierten nun jegliche Planungs- und Sicherheitsvisionen, weil die Resultate der entwickelten Nuklearkriegsszenarien mit dem sicherheitspolitischen Machbarkeitsglauben kollidierten.

Abstract

From the perspective of the history of knowledge and society, this article deals with the production of knowledge in Swiss security policy during the Cold War. I argue that security policy research provided the basis for a technocra-

tically inspired planning vision in this area. During the 1970s, security policy research was aimed at optimizing Switzerland's overall defense system. On the one hand, these foundational studies in security policy and their centerpiece – the development of threat scenarios – were based on the interlinked fields of knowledge of scenario planning, futures studies, and cybernetics. On the other hand, knowledge by security policy experts who were part of an exclusive circle of Swiss power players also played an important role. At first, the developed threat scenarios centered on economic threats. Thereafter, the transition from the policy of détente to the second Cold War led to a change in perception of the threat, bringing back to public and political awareness the threatening image of a nuclear catastrophe. Likewise, on the knowledge base of scenario planning, security policy research of the 1980s was therefore directed to the effects of a nuclear war. The objective was to identify potential action to secure survival after a nuclear catastrophe. As this article reveals, this technocratic approach failed: The same kind of planning instruments once suggesting controllability undermined all planning and security visions because the results of the developed nuclear-war scenarios clashed with any belief in the feasibility of a security policy.

Einleitung

Im Oktober und November 1978 sowie im Februar 1979 führte die schweizerische Zentralstelle für Gesamtverteidigung, ein Koordinationsorgan für die Ausführung der Sicherheitspolitik des Bundes, drei Szenario-Klausurtagungen durch.¹ An diesen Hearings entwarfen sicherheitspolitische Experten mit Hilfe von methodischen Beratern Bedrohungsszenarien zu den drei Problemfeldern „Die kriegerische Auseinandersetzung“, „Die wirtschaftliche Bedrohung, Abhängigkeit und Verflechtung“ und „Die innere Gefährdung Westeuropas“. Als Hintergrundinformation erhielten die Experten von der Zentralstelle ein Papier, das den Zweck der Szenariobildung erläuterte:

„Die Szenariomethode oder Szenariotechnik ist ein neues Instrument der Sozialforschung. Mit Hilfe von Szenarien soll das Zustandekommen zukünftiger Entwicklungen Schritt um Schritt dargestellt werden. Szenarien bilden eine hypothetische Folge von Ereignissen. [...] Szenarien entwerfen somit zukünftige Bilder, stellen also Projektionen dar – nicht, wie es sein *soll*, also nicht normativ, sondern wie es sein kann.“²

-
- 1 Der vorliegende Beitrag basiert hauptsächlich auf Quellen aus dem Schweizerischen Bundesarchiv (CH-BAR). Diese werden folgendermaßen zitiert: Dossiersignatur, Aktenzeichen, Dossiertitel, Zeitraum, zitiertes Dokument. Ich danke Philipp Sarasin, Pascal Germann sowie den Mitgliedern der Wissenschaftlichen Leitung der Zeitschrift Technikgeschichte für ihre wertvollen Anmerkungen zu diesem Text.
 - 2 CH-BAR#E5680-04#2000/96#4*, Az. 1-4, Forschung Arbeitsgruppe Bedrohung, 1972–1979, Einige Anmerkungen zu Szenarien und zur Szenariomethode (Hervorhebung im Original).

Als Instrument zur systematischen Darstellung alternativer zukünftiger Entwicklungen fand die Szenariotechnik Anfang der 1970er Jahre Eingang in den Bereich der schweizerischen Gesamtverteidigung. Auf der Entwicklung von Szenarien lag schließlich eines der Hauptgewichte der sicherheitspolitischen Forschung der Schweiz des Kalten Krieges.³

Meine Analyse konzentriert sich auf den Zeitraum zwischen 1973 und 1989. 1973 veröffentlichte der Bundesrat den so genannten Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz, auch Konzeption der Gesamtverteidigung genannt.⁴ Dieser Bericht stellte eine bis dahin fehlende, übergeordnete Gesamtkonzeption aller für die Gesamtverteidigung zuständigen Bereiche dar und blieb für die schweizerische Sicherheitspolitik bis zum Ende des Kalten Krieges maßgebend. Der Bundesrat betonte darin die Notwendigkeit, zwecks nationaler Selbstbehauptung fortwährend die für die Schweiz relevanten Bedrohungen zu untersuchen.⁵ Ausgehend von dieser Vorgabe wurden im weiteren Verlaufe der 1970er bis Anfang der 1980er Jahre von mehreren Studiengruppen sicherheitspolitische Grundlagenstudien geplant und durchgeführt. Im Zentrum standen dabei die Erarbeitung eines Forschungskreislaufes sowie die Eruierung von möglichen Bedrohungen mit Hilfe der Szenariotechnik. In den 1980er Jahren entstand mit der Studie „Weiterleben“ die erste Kriegsfolgestudie der Schweiz.⁶ Diese Studie, die 1989 zum Abschluss kam, entwickelte – ebenfalls auf der Grundlage von Szenariobildungen – Vorstellungen zum Problem des Weiterlebens nach einem Nuklearkrieg. Die sicherheitspolitischen Grundlagenstudien und die Studie „Weiterleben“ stehen im Zentrum dieses Beitrages.

Die unter den Begriffen Szenariomethode oder Szenariotechnik subsumierten Methoden und Techniken basieren im Wesentlichen auf einer

-
- 3 Vgl. CH-BAR#E7310B#1988/178#244*, Az. 074.08, Studiengruppe Forschung ZGV, 1974–1975, Protokoll der 4. Sitzung der Studiengruppe Forschung vom 1.11.1974, Protokoll der 6. Sitzung der Studiengruppe Forschung vom 3.12.1974; CH-BAR#E5680-04#2000/96#8*, Az. 1-8, Studiengruppe Forschung, 1974–1978, Protokoll der 8. Sitzung der Studiengruppe Forschung vom 28.2.1975.
- 4 Die beiden Begriffe Gesamtverteidigung und Sicherheitspolitik wurden in der Schweiz synonym verwendet. Zur schweizerischen Sicherheitspolitik vgl. Christoph Breitenmoser, Strategie ohne Außenpolitik. Zur Entwicklung der schweizerischen Sicherheitspolitik im Kalten Krieg, Bern u.a. 2002; Kurt R. Spillmann, Andreas Wenger, Christoph Breitenmoser u. Marcel Gerber, Schweizer Sicherheitspolitik seit 1945. Zwischen Autonomie und Kooperation, Zürich 2001; Gustav Däniker u. Kurt R. Spillmann, Die Konzeption der schweizerischen Sicherheitspolitik, in: Alois Riklin, Hans Haug u. Raymond Probst (Hg.), Neues Handbuch der schweizerischen Außenpolitik, Bern u.a. 1992, S. 591–605.
- 5 Vgl. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz (Konzeption der Gesamtverteidigung) vom 27. Juni 1973, in: Bundesblatt 125, 1973, Bd. 2, H. 34, S. 112–153, hier S. 112 u. 145.
- 6 Zur Studie „Weiterleben“ vgl. Thomas Schnyder, Aufklärung oder Überlebensfolklore? Vom Nutzen des Zivilschutzes, in: Peter Albrecht et al. (Hg.), Schutzraum Schweiz. Mit dem Zivilschutz zur Notstandsgesellschaft, Bern 1988, S. 18–58, hier S. 41–57; Wolfgang Lauterburg, Aufrüstung mit anderen Mitteln. Der Koordinierte Sanitätsdienst und die Katastrophenmedizin, in: Albrecht et al. 1988 (wie Anm. 6), S. 199–217, hier S. 213.

Verknüpfung von Wissenselementen aus der Zukunftsforschung und der Kybernetik. Grundsätzlich handelt es sich bei der Szenariobildung um eine Planungstechnik, deren Produkte – die Szenarien – als Kernelemente der Zukunftsforschung gelten.⁷ Die Zukunftsforschung, auch Futurologie genannt, entstand während des Zweiten Weltkrieges.⁸ Ihre Hochphase begann indessen zur Zeit des Planungsoptimismus in den 1960er Jahren, als die Zukunft mit Hilfe von Trendexplorationen, Verlaufsgesetzen oder Modellierungen, unterstützt von der einsetzenden Computertechnologie, als berechenbar galt.⁹ Methodisch und theoretisch war die Futurologie stark von der Kybernetik beeinflusst. Die Kybernetik, ebenfalls im Zweiten Weltkrieg entstanden und danach zu einer neuen integrierenden Leitwissenschaft avanciert, übertrug naturwissenschaftliche Erklärungsmodelle auf die Sozialwissenschaften, indem moderne Gesellschaften als integrierte Systeme konzipiert wurden, die, analog zu komplexen biologischen und technologischen Systemen, bestimmten kybernetischen Regeln von Kommunikation und Selbstkontrolle folgten.¹⁰ Die Futurologie übernahm diese kybernetischen Grundannahmen, weshalb die Zukunftsforscher als Teil einer „cybernetic society“ zu verstehen sind.¹¹ Die entscheidende epistemologische Gemeinsamkeit der miteinander verknüpften Wissenssysteme von Szenario-

- 7 Vgl. Karlheinz Steinmüller, Szenarien – Ein Methodenkomplex zwischen wissenschaftlichem Anspruch und zeitgeistiger Bricolage, in: Reinhold Popp (Hg.), Zukunft und Wissenschaft, Berlin u. Heidelberg 2012, S. 101–137, hier S. 113 u. 132f.
- 8 Zur Geschichte der Zukunftsforschung vgl. u.a. Karlheinz Steinmüller, Zukunftsforschung in Europa. Ein Abriss der Geschichte, in: ders., Rolf Kreibich u. Christoph Zöpel (Hg.), Zukunftsforschung in Europa. Ergebnisse und Perspektiven, Baden-Baden 2000, S. 37–54; Wendell Bell, Foundations of Futures Studies. Human Science for a New Era, Vol. 1: History, Purposes, and Knowledge, New Brunswick u. London 2003 [1997], S. 1–72; Kaya Tolon, Futures Studies: A New Social Science Rooted in Cold War Strategic Thinking, in: Mark Solovey u. Hamilton Cravens (Hg.), Cold War Social Science. Knowledge Production, Liberal Democracy, and Human Nature, New York 2012, S. 45–62.
- 9 Vgl. Armin Grunwald, Wovon ist die Zukunftsforschung eine Wissenschaft?, in: Reinhold Popp u. Elmar Schüll (Hg.), Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung. Beiträge aus Wissenschaft und Praxis, Berlin u. Heidelberg 2009, S. 25–35, hier S. 25.
- 10 Zur Geschichte der Kybernetik vgl. u.a. Steve Joshua Heims, The Cybernetics Group, Cambridge/Mass. u. London 1991; Claus Pias (Hg.), Cybernetics/Kybernetik. The Macy-Conferences 1946–1953, Band II: Essays und Dokumente, Zürich u. Berlin 2004; Lars Bluma, Norbert Wiener und die Entstehung der Kybernetik im Zweiten Weltkrieg, Münster 2004; Peter Galison, Die Ontologie des Feindes: Norbert Wiener und die Vision der Kybernetik, in: Hans-Jörg Rheinberger, Michael Hagner u. Bettina Wahrig-Schmidt (Hg.), Räume des Wissens. Repräsentation, Codierung, Spur, Berlin 1997, S. 281–324; Michael Hagner u. Erich Hörl (Hg.), Die Transformation des Humanen. Beiträge zur Kulturgeschichte der Kybernetik, Frankfurt a.M. 2008; Philipp Aumann, Mode und Methode. Die Kybernetik in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2009.
- 11 Alexander Schmidt-Gernig, The Cybernetic Society: Western Future Studies of the 1960s and 1970s and Their Predictions for the Year 2000, in: Richard N. Cooper u. Richard Layard (Hg.), What the Future Holds: Insights from Social Science, Cambridge/Mass. u. London 2002, S. 233–259, hier S. 251. Vgl. auch ders., Die Geburt der Zukunftsforschung aus dem Geist der Kybernetik, in: Zeitschrift für Semiotik 29, 2007, S. 199–210.

technik, Zukunftsforschung und Kybernetik bestand folglich darin, dass deren Methoden, Instrumente und Theorien auf Planung¹², Steuerung und Kontrolle¹³ abzielten. Ein derart auf gesamtgesellschaftliche Planung und Steuerung ausgerichtetes Denken und Handeln kann generell als technokratisch bezeichnet werden. Spezifischer definiert ist laut Dirk van Laak dann von Technokratie die Rede, „wenn sich technische Rationalität mit dem Anspruch auf politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Führung verbindet, wenn Gesellschaftsmodelle überwiegend der Logik des Technischen folgen oder wenn Techniker, Ingenieure oder vergleichbare Experten ‚wissenschaftlich‘ und ‚zweckrational‘ orientierte Kontroll-, Regelungs- oder sogar Entscheidungsbefugnisse für gesellschaftspolitisch relevante Fragen beanspruchen“.¹⁴

Ausgehend von diesem Technokratieverständnis verstehe ich die sicherheitspolitische Forschung der Schweiz in diesem Beitrag als die Grundlage einer technokratisch inspirierten Planungsvision im Bereich der Gesamtverteidigung bzw. der Sicherheitspolitik.¹⁵ Wie ich zeigen werde, wurde mit den sicherheitspolitischen Forschungsprojekten der Zweck verfolgt, sicherheitspolitisch relevantes Wissen zu produzieren. Dieses sicherheitspolitische Wissen sollte dazu beitragen, technokratische Ideale der Planbarkeit, Berechenbarkeit und Beherrschbarkeit von Bedrohungspotenzialen zu entwickeln und aufrecht zu erhalten. Dadurch sollte während des Kalten Krieges die schweizerische Handlungsfähigkeit im Bereich der Gesamtverteidigung gestärkt werden. Diese technokratische Vision, so meine These, scheiterte in den 1980er Jahren. Paradoxerweise waren es dabei die von den Gesamtverteidigungsorganen selber in Auftrag gegebenen Szenarien, welche die Zweifel und Kritik am Planungs- und Machbarkeitsglauben der Sicherheitspolitik des Bundes nährten.

-
- 12 Zur Geschichte der Planung im 20. Jahrhundert vgl. grundlegend Dirk van Laak, Planung. Geschichte und Gegenwart des Vorgriffs auf die Zukunft, in: Geschichte und Gesellschaft 34, 2008, S. 305–326. Vgl. auch Heinz-Gerhard Haupt u. Jörg Requate (Hg.), Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, ČSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, Weilerswist 2004; Gabriele Metzler, Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn 2005.
 - 13 Vgl. Miriam R. Levin (Hg.), Cultures of Control, Amsterdam 2000.
 - 14 Dirk van Laak, Technokratie im Europa des 20. Jahrhunderts – eine einflussreiche „Hintergrundideologie“, in: Lutz Raphael (Hg.), Theorien und Experimente der Moderne. Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert, Wien u.a. 2012, S. 101–128, hier S. 106.
 - 15 Gesamtplanungen wurden in der Schweiz zu dieser Zeit neben der Sicherheitspolitik auch in der Verkehrs- und der Energiepolitik angestrebt; vgl. dazu Bernard Degen, Gesamtverteidigung gegen den gesellschaftlichen Wandel. Militärische und zivile Verteidigungspolitik in der Schweiz seit dem Zweiten Weltkrieg, in: Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik 27, 2007, H. 53, S. 77–85; Stefan Sandmeier, Modelling Plans and Planning Models: The Cybernetic Vision of a Swiss Integral Concept for Transport (1972–1977), in: Planning Perspectives 26, 2011, Nr. 1, S. 3–27; Ulrich Klöti, Verkehr, Energie und Umwelt. Die Infrastruktur und ihre Begrenzung, in: Gerhard Schmid (Hg.), Handbuch politisches System der Schweiz, Bd. 4: Politikbereiche, Bern u.a. 1993, S. 225–300.

Im Folgenden werden in drei Abschnitten die sicherheitspolitische Wissensproduktion und die daraus resultierenden Bedrohungsvorstellungen untersucht. Zunächst analysiere ich, welche Wissenssysteme den sicherheitspolitischen Grundlagenstudien der 1970er Jahre und den in ihrem Rahmen ausgearbeiteten Bedrohungsszenarien zugrunde lagen. Der zweite Abschnitt beleuchtet die Wechselwirkungen zwischen den politischen Konjunkturen des Kalten Krieges und den entwickelten Bedrohungsszenarien. Im dritten Abschnitt zeige ich, auf welcher Wissensgrundlage die Studie „Weiterleben“ basierte. Zum Schluss wird dargestellt, worin der Beitrag des hier untersuchten Fallbeispiels der schweizerischen sicherheitspolitischen Forschung für die Geschichte des Kalten Krieges einerseits und die Wissensgeschichte andererseits bestehen könnte.

Das Gesamtverteidigungssystem optimieren

In diesem Abschnitt fokussiere ich auf die Erarbeitung der sicherheitspolitischen Grundlagenstudien in den 1970er Jahren. Wie bereits einleitend erwähnt, ging die Initiative zu diesem Forschungsprojekt auf den sicherheitspolitischen Bericht des Bundesrates von 1973 zurück. Zu dessen Durchführung wurde rund ein Jahr später, im Sommer 1974, die so genannte Studiengruppe Forschung eingesetzt. Diese Studiengruppe umfasste Personen aus der Verwaltung und der Wissenschaft sowie Kontakte zum Schweizerischen Wissenschaftsrat und zum Amt für Wissenschaft und Forschung.¹⁶ 1977 präsentierte die Studiengruppe, nun Arbeitsgruppe Grundlagenstudien genannt, einen Forschungsplan. Als Ziel definierte sie darin, mit den sicherheitspolitischen Grundlagenstudien Unterlagen für die Weiterbearbeitung der bestehenden Gesamtverteidigungskonzeption zu erarbeiten.¹⁷ Die Konzeption der Gesamtverteidigung wiederum stellte die Planungsgrundlage des schweizerischen Gesamtverteidigungssystems dar.¹⁸ Die technokratische Vision der sicherheitspolitischen Grundlagenstudien bestand folglich darin, das schweizerische Gesamtverteidigungssystem einem ständigen Optimierungsprozess zu unterziehen.

Die angestrebte Verbesserung und Weiterentwicklung des Gesamtverteidigungssystems basierte dabei primär auf zwei Wissensgrundlagen – auf kybernetischer Methodologie¹⁹ einerseits, und auf Expertenwissen andererseits. Die kybernetischen Konzepte flossen dabei auf mehreren Ebenen in die sicherheitspolitischen Grundlagenstudien ein: Auf der Ebene des Forschungsplans, auf der Ebene des Forschungsdesigns einzelner Teile dieses Plans sowie auf der Ebene der Methodik dieser Forschungsdesigns. Der Forschungsplan sah vor,

16 Vgl. CH-BAR#E7310B#1988/178#244*, Az. 074.08, Studiengruppe Forschung ZGV, 1974–1975, Protokoll der ersten Sitzung der Studiengruppe Forschung vom 27.8.1974.

17 Vgl. CH-BAR#E5680-04#2000/96#7*, Az. 1-7, Forschungsplan ZGV, 1974–1987, Plan für die Erstellung von sicherheitspolitischen Grundlagenstudien vom Mai 1977.

18 Vgl. Albert A. Stahel u. Urs Luterbacher, Empirische Studien als Grundlage der schweizerischen Sicherheitspolitik, in: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft 17, 1977, S. 213–233, hier S. 214.

19 Vgl. dazu Aumann (wie Anm. 10), S. 52–54.

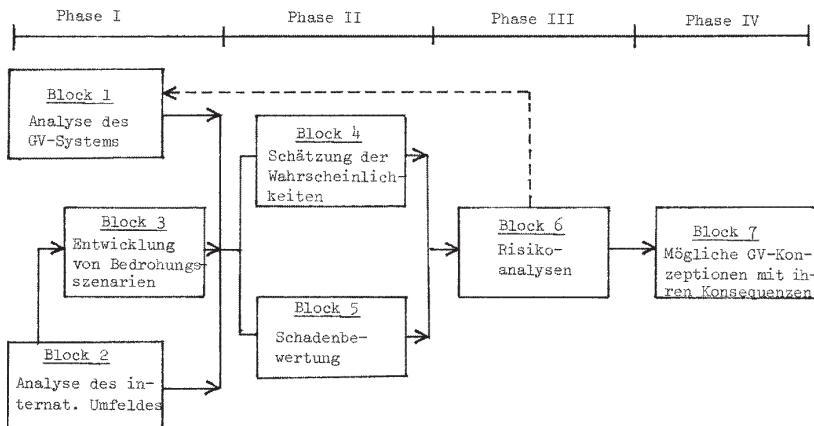


Abb. 1: Flussdiagramm des Forschungsplan. Quelle: CH-BAR#E5680-04#2000/96#4*, Az. 1-4, Forschung Arbeitsgruppe Bedrohung, 1972–1979.

die geplanten sicherheitspolitischen Grundlagenstudien in einen Forschungszyklus einzubinden. Dieser Forschungskreislauf umfasste verschiedene Phasen und Blöcke, die in einem Flussdiagramm visualisiert wurden (vgl. Abb. 1).

In Phase I, der so genannten Ist-Bestandsaufnahme, sollten in Block 1 und 2 die laufende Analyse des Gesamtverteidigungssystems und des internationalen Umfeldes durchgeführt werden. Die zentrale Grundlage des Systems bildete Block 3, in welchem mittels der Szenariotechnik Bedrohungsszenarien entwickelt werden sollten. In Block 4 der Phase II sollten anschließend die Eintretenswahrscheinlichkeiten der verschiedenen möglichen Bedrohungen ermittelt und sodann in Block 5 eine Schadenbewertung vorgenommen werden. Die Risikoanalysen in Block 6 der Phase III stellten den eigentlichen Test des Gesamtverteidigungssystems dar, indem die zuvor analysierten Gesamtverteidigungsmittel den potenziellen Risiken gegenübergestellt und in einem iterativen Prozess optimiert werden sollten. Ziel war es, zu eruieren, welche bestehenden Mittel sich gegenüber den Bedrohungen als geeignet erweisen würden und welche Mittel verbessert, ausgebaut oder ersetzt werden müssten. Derart sollten in Block 7 der Phase IV Verbesserungsvorschläge für die Konzeption der Gesamtverteidigung, also ein Soll-Zustand formuliert werden. Die Wirkungen der neuen Gesamtverteidigungsmaßnahmen sollten wiederum erfasst und die entsprechenden Daten erneut in das Planungssystem eingespeist werden, womit der Zyklus von vorne beginnen könnte. Laut Berechnungen der Studiengruppe würde die erstmalige Durchführung des Forschungszyklus ungefähr siebeneinhalb Jahre in Anspruch nehmen, danach sollten für das permanente Aufarbeiten der verschiedenen, bereits erstellten Grundlagen jeweils drei bis vier Jahre genügen.²⁰

20 Vgl. CH-BAR#E5680-04#2000/96#7*, Az. 1-7, Forschungsplan ZGV, 1974–1987, Plan für die Erstellung von sicherheitspolitischen Grundlagenstudien vom Mai 1977.

Wie Philipp Aumann herausgearbeitet hat, war das Forschungsfeld der Kybernetik äußerst heterogen, was Definitionsversuche erschwert. Grundsätzlich handelte es sich bei der Kybernetik um eine Wissenschaft, „die informationsverarbeitende, sich selbst regelnde Systeme analysierte“ und dazu auf Schlüsselbegriffe wie „Rückkopplung, Information, Homöostase, Entropie und zielgerichtetes Verhalten und vielleicht noch einige weitere“ rekurrierte.²¹ Die favorisierte Darstellung der kybernetisch untersuchten Gegenstände, Sachverhalte und Zusammenhänge war der Regelkreis.²² Der geplante Forschungszyklus für die sicherheitspolitischen Grundlagenstudien stellte einen derartigen kybernetischen Regelkreis dar, wobei der Mechanismus der positiven Rückkopplung einen permanenten Lernprozess ermöglichen sollte. Ein wissenschaftlicher Mitarbeiter erklärte dazu:

„Der Plan ist als Kreislauf aufzufassen, in den kontinuierlich Daten über die Bedrohungen einfließen, die verarbeitet und beurteilt werden. Diese Bedrohungsanalysen und Lagebeurteilungen führen zu neuen Maßnahmen, die ihrerseits wieder in ihrer Wirkung erfasst werden müssen. Dank den durch diesen Ablauf gewonnenen Erkenntnissen sollte es möglich sein, die Konzeption der Gesamtverteidigung periodisch den neuesten Erkenntnissen über die Bedrohungssituationen, denen die Schweiz ausgesetzt werden könnte, anzupassen.“²³

Der entwickelte Forschungskreislauf zielte also darauf ab, ein Planungs- und Kontrollsysteem zu schaffen, mit welchem die sicherheitspolitischen Bedrohungen der Schweiz ständig beobachtet und überwacht werden konnten. Im Akt der Beobachtung lag folglich ein wesentlicher Faktor zur Herstellung der nationalen Sicherheit. Dies korrespondiert mit der von Claus Pias formulierten These, die Kybernetik werbe für Steuerungs- und Regierungsformen, die sich „in Prozessen des monitoring und assessment entfalten“.²⁴

Unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Beobachtung und Beurteilung von Bedrohungspotenzialen im sicherheitspolitischen Planungs- und Kontrollsysteem bildeten Daten, Informationen und Know-how. Derartiges Wissen stellte, wie Eva Horn argumentiert hat, die „[w]ichtigste Waffe und Ressource des Kalten Kriegs“ dar, da der Kalte Krieg als primär imaginärer Konflikt „eine ungeheure Intensität des Denkens, Forschens und Spekulierens über den Feind“ evozierte.²⁵ Die Datengenerierung stellte für

21 Aumann (wie Anm. 10), S. 51 u. S. 59.

22 Vgl. Claus Pias, Zeit der Kybernetik – Eine Einstimmung, in: ders. (wie Anm. 10), S. 9–41, hier S. 16.

23 CH-BAR#E5680-04#2000/96#7*, Az. 1-7, Forschungsplan ZGV, 1974–1987, Plan für die Erstellung von sicherheitspolitischen Grundlagenstudien (Referat von Dr. A. Stahel, wiss. Adjunkt ZGV, anlässlich der Sitzung des Rates für Gesamtverteidigung vom 18.11.1976) vom 24.11.1976.

24 Pias (wie Anm. 22), S. 36.

25 Eva Horn, War Games. Der Kalte Krieg als Gedankenexperiment, in: Thomas Macho u. Annette Wunschel (Hg.), Science & Fiction. Über Gedankenexperimente in Wissenschaft,

die Studiengruppe indessen eine nicht zu unterschätzende Aufgabe dar, galt es doch nicht nur, herauszufinden, welche Informationen in der Schweiz bereits vorhanden, sondern auch, ob diese nicht schon veraltet waren. Wenn neue Daten erhoben werden mussten, stellte sich die Frage, wie dies institutionell und methodisch am besten zu bewerkstelligen wäre. Eine weitere Schwierigkeit bestand darin, die Departemente und ihre Bundesstellen dazu zu bringen, Informationen zu liefern bzw. fehlende Informationen zu beschaffen. Bei Modellen und Unterlagen aus dem Ausland galt es, die entsprechenden Angaben im Hinblick auf die schweizerischen Bedürfnisse und Verhältnisse anzupassen. All dies erforderte Personal, Zeit und Geld, das der Studiengruppe und der sie unterstützenden Zentralstelle für Gesamtverteidigung jedoch nur in sehr limitiertem Ausmaß zur Verfügung stand.²⁶ Obwohl konstitutiv, blieb Information für die sicherheitspolitischen Grundlagenstudien folglich stets eine prekäre Ressource, weil deren Beschaffung starke institutionelle, personelle und finanzielle Grenzen gesetzt waren.

Auch das Forschungsdesign für das Kernstück des Forschungsplans, die Entwicklung von Bedrohungsszenarien, war stark von der kybernetischen Methodologie beeinflusst. Verantwortlich für dessen Konzipierung waren Wissenschaftler der Forschungsstelle für Politikwissenschaft der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften St. Gallen, die dafür von der Zentralstelle für Gesamtverteidigung einen entsprechenden Forschungsauftrag erhalten hatten. Die Forschungsstelle, die sich vornehmlich mit Außenpolitik, Europapolitik, politischen Systemen und Wissenschaftstheorie befasste, wurde 1970 von Professor Alois Riklin gegründet, welcher dieser in der Folge auch vorstand und beim Forschungsauftrag für die Zentralstelle als Projektleiter amtete.²⁷ In ihrem Forschungsdesign zur Szenariobildung bezogen sich die Mitarbeiter der Forschungsstelle auf das kybernetisch orientierte St. Galler Managementmodell. Bei diesem Modell handelte es sich um einen Management-Bezugsrahmen, der Mitte der 1960er Jahre mit dem Ziel entwickelt wurde, für die universitäre Lehre ein Managementmodell für komplexe Systeme

Philosophie und Literatur, Frankfurt a.M. 2004, S. 310–328, hier S. 312. Zum Kalten Krieg als imaginärem Konflikt vgl. Mary Kaldor, Der imaginäre Krieg. Eine Geschichte des Ost-West-Konflikts, Hamburg 1992 [1990]; Michael Geyer, Der kriegerische Blick. Rückblick auf einen noch zu beendenden Krieg, in: Sowi 19, 1990, S. 111–117.

26 Vgl. CH-BAR#E7310B#1988/178#244*, Az. 074.08, Studiengruppe Forschung ZGV, 1974–1975, Protokoll der 1. Sitzung der Studiengruppe Forschung vom 27.8.1974; CH-BAR#E5680-04#2000/96#8*, Az. 1-8, Studiengruppe Forschung, 1974–1978, Protokoll der 2. Sitzung der Studiengruppe Forschung vom 17.9.1974, Protokoll der 3. Sitzung der Studiengruppe Forschung vom 15.10.1974, Protokoll der 7. Sitzung der Studiengruppe Forschung vom 13.12.1974; CH-BAR#E7310B#1988/178#244*, Az. 074.08, Studiengruppe Forschung ZGV, 1974–1975, Protokoll der 9. Sitzung der Studiengruppe Forschung vom 4.4.1975.

27 Vgl. Karl Heinz Burmeister, 100 Jahre HSG. Geschichte der Universität St. Gallen, Bern 1998, S. 149; zu Alois Riklin vgl. Wolfgang Göldi, Riklin, Alois, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D44849.php> [Stand 25.11.2011].

aufzustellen.²⁸ Bei der Ausarbeitung der Bedrohungsszenarien verwiesen die St. Galler Wissenschaftler explizit auf diese kybernetische Managementlehre, indem sie die Lebensfähigkeit von Unternehmen mit derjenigen von Staaten verglichen und zum Schluss kamen: „Ein Lehrsatz der Kybernetik, der Wissenschaft von Steuerungs- und Regelungsvorgängen, lautet: ‚Ein System kann sich bei zunehmender Komplexität seiner Umwelt nur dadurch am Leben erhalten, dass es seine eigene Varietät erhöht.‘“²⁹ Um Möglichkeiten zur Erhöhung der eigenen Varietät zu finden, gelte es sowohl für Staaten als auch Unternehmen oder andere Systeme, umfassende und alternative Zukunftsbilder in Form von Szenarien zu entwerfen.³⁰ Mit ihrem Ansatz, die schweizerische Sicherheitspolitik systemtheoretisch zu analysieren, reihte sich die Forschungsstelle für Politikwissenschaft in das Feld der Wirtschafts- und Sozialkybernetik ein. Durch die Anwendung der kybernetischen Theorie zur Optimierung von Wirtschaft, Verwaltung und Politik avancierte diese Ende der 1960er Jahre in der gesellschaftlichen Praxis zu einem maßgebenden Planungsinstrument.³¹

Um für die sicherheitspolitischen Grundlagenstudien Zukunftsbilder im Bereich der Bedrohung zu entwickeln, setzte die Forschungsstelle für Politikwissenschaft Methoden ein, die ebenfalls der kybernetischen Methodologie entstammten. Um die Bedrohungsszenarien zu entwickeln, definierte die Forschungsstelle zunächst die wichtigsten Begriffe im Bereich der Bedrohungsstudien. Danach sollten mögliche gegenwärtige und zukünftige Bedrohungen bis zum Jahr 1990 ermittelt werden. Zu diesem Zweck wurden im ersten Halbjahr 1978 anhand von zwei Fragebögen bei rund 60 Experten aus der Verwaltung, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Politik zwei schriftliche Befragungen durchgeführt und daraus ein Katalog der möglichen Bedrohungen erstellt. Daraufhin fanden im Herbst 1978 sowie Anfang 1979 die in der Einleitung genannten Klausurtagungen statt, an welchen auf der Basis dieses Bedrohungskatalogs wiederum von Experten relevante Bedrohungsszenarien zu den drei ebenfalls eingangs erwähnten Problemfeldern „Die kriegerische Auseinandersetzung“, „Die wirtschaftliche Bedrohung, Abhängigkeit und Verflechtung“ und „Die innere Gefährdung Westeuropas“ entwickelt wurden. Die Forschungsstelle fügte die Ergebnisse dieser Hearings anschließend zu so genannten Globalszenarien zusammen, die Aspekte aus allen drei Problemfeldern berücksichtigten (vgl. Abb. 2).³²

28 Vgl. Regina Schwegler, *Moralisches Handeln von Unternehmen. Eine Weiterentwicklung des neuen St. Galler Management-Modells und der Ökonomischen Ethik*, Wiesbaden 2008, S. 105–107.

29 CH-BAR#E5680-04#2000/96#4*, Az. 1-4, Forschung Arbeitsgruppe Bedrohung, 1972–1979, Erster unvollständiger Entwurf der Szenarien für die Schweiz in den achtziger Jahren vom 20.7.1979.

30 Vgl. ebd.

31 Vgl. Aumann (wie Anm. 10), S. 67–72 u. S. 437–447; Bluma (wie Anm. 10), S. 181–188.

32 Vgl. CH-BAR#E5680-04#2000/96#4*, Az. 1-4, Forschung Arbeitsgruppe Bedrohung, 1972–1979, Einige Anmerkungen zu Szenarien und methodischem Vorgehen vom 17.10.1978,

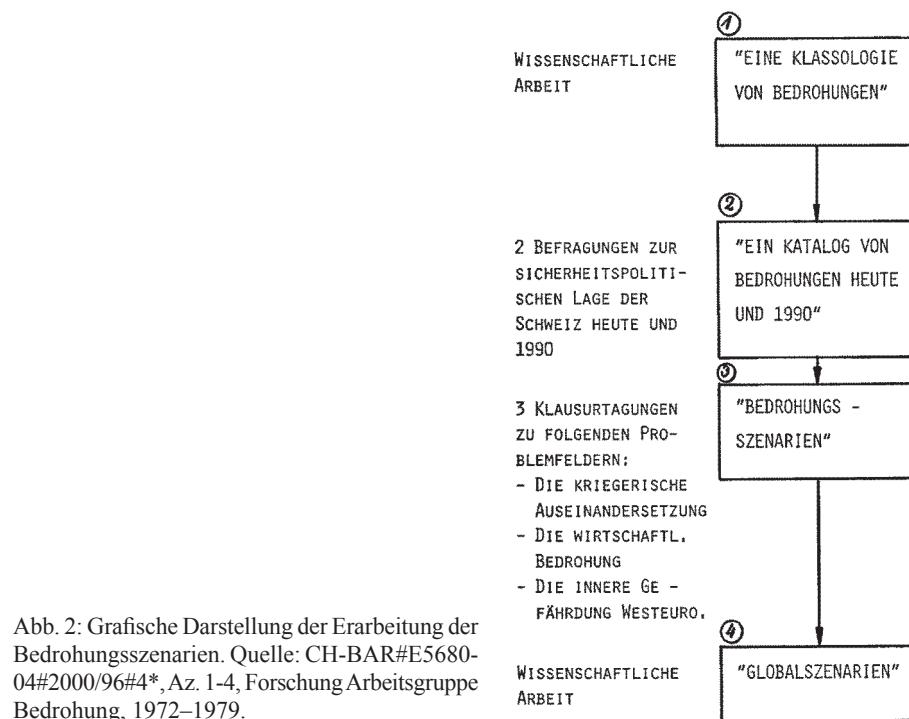


Abb. 2: Grafische Darstellung der Erarbeitung der Bedrohungsszenarien. Quelle: CH-BAR#E5680-04#2000/96#4*, Az. 1-4, Forschung Arbeitsgruppe Bedrohung, 1972–1979.

An den Hearings selbst ging es darum, dass die Experten unter Anwendung der so genannten Szenariobündelmethode, die sich an der Entscheidungstheorie orientierte, jeweils ausgehend von anhand des Bedrohungskatalogs erstellten Basisszenarien Ereignisketten aus Aktions-Reaktions-Entscheiden verschiedener, als systemrelevant erachteter Akteure bildeten, die in Form von Entscheidungsbäumen visualisiert wurden. Die bei jeder Verzweigung zu fällenden Entscheide hatten dabei realistisch und rational bzw. plausibel zu sein. Die Aktions-Reaktions-Ketten wurden dabei solange fortgesetzt, bis so genannte Endknoten erkannt wurden, weil keine weiteren plausiblen Optionen gefunden werden konnten, eine Option von einer anderen dominiert wurde oder kein Akteur zu einer Reaktion gezwungen war (vgl. Abb. 3).³³

Dem Durchspielen von hypothetischen Entscheidungen als Ereignisketten, dargestellt in Form von Entscheidungsbäumen, kam eine formalisierende Funktion zu. Formalisierung ist laut Eva Horn ein wesentlicher Zweck von Szenarien und Spielsimulationen, wobei angenommen wird, dass sich die beteiligten Akteure nach Regeln verhalten, die bekannt, begrenzt, konstant und grundsätzlich mathematisch formulierbar sind.³⁴ Da den Experten beim Fällen der Entscheide jeweils nur eine binäre Option – Aktion–Nicht-Aktion bzw.

Hearing vom 24.11.1978, Szenarien für die Schweiz in den achtziger Jahren vom 20.7.1979.

33 Vgl. ebd.

34 Vgl. Horn (wie Anm. 25), S. 315.

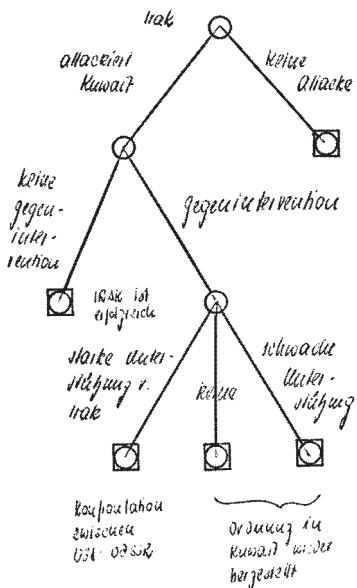


Abb. 3: Beispiel eines Entscheidungsbaums. Quelle: CH-BAR#E5680-04#2000/96#4*, Az. 1-4, Forschung Arbeitsgruppe Bedrohung, 1972–1979.

Reaktion–Nicht-Reaktion – zur Verfügung stand, wurden diese Entscheide zumindest theoretisch auch digitalisierbar. Digitalität bildet die Grundvoraussetzung der kybernetischen Epistemologie.³⁵ Claus Pias hält das Digitale deshalb für produktiv, weil es „einem Diskursverbot“ unterliege: „Die Unterdrückung eines notwendigen Dritten (des Kontinuums, der Passage, der Materialität oder wie immer man es nennen mag) wird zum Motor eines Funktionierens, das Beobachten heißt. Diesen Umstand könnte man die ‚kybernetische Illusion‘ nennen.“³⁶ Tatsächlich kritisierten die Hearing-Teilnehmer den Einsatz von Entscheidungsbäumen dann auch methodisch: „[D]as wesentliche Ergebnis der Tagung war, die von uns erarbeiteten Szenarien werden immer unvollständig, punktuell und fragwürdig sein. Sie stellen eine allenfalls fragwürdige Auswahl aus einer unendlichen Vielfalt von Szenarien dar.“³⁷ Die kybernetische Illusion wurde indessen am Leben erhalten und die Resultate der Szenario-Klausurtagungen in den Forschungskreislauf eingespeist.

Neben der kybernetischen Methodologie floss hauptsächlich Expertenwissen in die sicherheitspolitischen Grundlagenstudien ein, und zwar insbesondere

35 Vgl. Pias (wie Anm. 22), S. 14.

36 Claus Pias, Elektronenhirn und verbottene Zone. Zur kybernetischen Ökonomie des Digitalen, in: Jens Schröter u. Alexander Böhne (Hg.), analog/digital – Opposition oder Kontinuum? Zur Theorie und Geschichte einer Unterscheidung, Bielefeld 2004, S. 295–310, hier S. 307f.; ders., Die kybernetische Illusion, in: Claudia Liebrand u. Irmela Schneider (Hg.), Medien in Medien, Köln 2002, S. 51–66.

37 CH-BAR#E5680-04#2000/96#4*, Az. 1-4, Forschung Arbeitsgruppe Bedrohung, 1972–1979, Einführungsvotum von Erich Niederer zu Traktandum 8: Besprechung des Berichtes über die drei Klausurtagungen von Anfang Mai 1979.

– dies ist schon mehrfach angeklungen – bei der Entwicklung der Bedrohungsszenarien. Die für die Bedrohungsszenarien angewandte Szenariomethode, die in der schweizerischen Zukunftsforschung als anerkanntes und häufig verwendetes Instrument fungierte,³⁸ basierte zu einem großen Teil auf einem qualitativen Vorgehen. Das heißt, die Datengewinnung und Ideenfindung stützte sich in erster Linie auf intuitive und deskriptive Methoden³⁹ wie die erwähnte schriftliche und mündliche Befragung. Dazu brauchte es notwendigerweise Experten. Dass so genannt exakte, quantitative, mathematische Prognosemethoden nicht eingesetzt wurden, war auch pragmatischen Gründen geschuldet, die mit den beschränkten Ressourcen im Zusammenhang standen.⁴⁰ Zudem war seit der Ölkrise, deren wirtschaftliche Erschütterungen viele überrascht hatte, das Vertrauen in rein extrapolierende bzw. mathematische Prognosemethoden stark angeschlagen.⁴¹ Innerhalb der Zukunftsforschung markierte die vermehrte Anwendung von Szenarien anstelle von Trendextrapolationen den Übergang von im Grunde dezisionistischen hin zu eher diskursiven Modellen, bei welchen statt einer Mathematisierung die Aushandlung der zentralen Parameter entscheidend war.⁴²

Der favorisierte Einsatz von Experten brachte indessen zwangsläufig die Schwierigkeit der richtigen, sprich repräsentativen und fachlichen Auswahl derselben mit sich.⁴³ Ziel war, „die *Vorstellungen* einer *geistigen Führungs-schicht* über die *Entwicklung* einiger, die sicherheitspolitische Lage unseres Landes mitbestimmender Faktoren zu erfahren.“⁴⁴ Die Liste der postalisch befragten Personen wurde schließlich in Zusammenarbeit zwischen der Forschungsstelle für Politikwissenschaft, der Arbeitsgruppe Grundlagenstudien

38 Vgl. Weert Canzler, Länderbericht: Zukunftsforschung in der Schweiz, in: Rolf Kreibich, ders. u. Klaus Burmeister (Hg.), Zukunftsforschung und Politik in Deutschland, Frankreich, Schweden und der Schweiz, Weinheim u. Basel 1991, S. 207–236, hier S. 210.

39 Zum kreativen Potenzial von Kriegsspielen und Simulationen vgl. auch Sharon Ghamari-Tabrizi, Simulating the Unthinkable: Gaming Future War in the 1950s and 1960s, in: Social Studies of Science 30, 2000, S. 163–223.

40 Vgl. CH-BAR#E5680-04#2000/96#4*, Az. 1-4, Forschung Arbeitsgruppe Bedrohung, 1972–1979, Zwei Befragungen zur sicherheitspolitischen Lage der Schweiz in den achtziger Jahren (überarbeiteter Bericht) vom 1.7.1979.

41 Vgl. Steinmüller (wie Anm. 8), S. 46f.

42 Vgl. Robert Tschiedel, Wie weit können wir sehen? Konstrukte und Methoden der Zukunftsforschung, in: Uwe Becker, Hans-Jürgen Fischbeck u. Jürgen P. Rinderspacher (Hg.), Zukunft. Über Konzepte und Methoden zeitlicher Forschung, Bochum 1997, S. 31–48, hier S. 42; Alexander Schmidt-Gernig, Die gesellschaftliche Konstruktion der Zukunft. Westeuropäische Zukunftsforschung und Gesellschaftsplanung zwischen 1950 und 1980, in: WeltTrends. Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien 6, 1998, H. 18, S. 63–84, hier S. 72f.

43 Vgl. CH-BAR#E5680-04#2000/96#4*, Az. 1-4, Forschung Arbeitsgruppe Bedrohung, 1972–1979, Protokoll der 13. Sitzung der Arbeitsgruppe Bedrohung vom 10.5.1978.

44 Vgl. CH-BAR#E5680-04#2000/96#4*, Az. 1-4, Forschung Arbeitsgruppe Bedrohung, 1972–1979, Schreiben von H. Wanner und A. Riklin vom 10.5.1978 (Hervorhebung im Original).

und der Zentralstelle für Gesamtverteidigung erstellt. Als Auswahlkriterien fungierten eine haupt- oder nebenamtliche, gegenwärtige oder frühere Tätigkeit an verantwortlicher Position in Bereichen, die im weitesten Sinne mit Sicherheitspolitik zu tun hatten, sowie eine möglichst ausgewogene Verteilung der Experten auf Verwaltung, Regierung, Privatwirtschaft und einzelne Universitäten, auf die einzelnen Departemente innerhalb der Bundesverwaltung und einzelne Zweige innerhalb der Privatwirtschaft und auf Bund und Kantone.⁴⁵ Die derart ausgewählten sicherheitspolitischen Experten waren Teil jener Elite aus Wirtschaft, Politik, Militär, Verwaltung und Hochschule, die Jakob Tanner als „hochkarätige Personengruppe“ bezeichnete, die aufgrund „einer ausgeprägten Rollenakkumulation“ und „ihrer engen kommunikativen Vernetzung“ als „face to face society“ beschrieben werden kann.⁴⁶ Exemplarisch lässt sich dies an der Person von Fritz Leutwiler darstellen, der zur Zeit der Expertenbefragung als Präsident des Direktoriums und Generaldirektor der Schweizerischen Nationalbank in Zürich tätig war.⁴⁷ Neben seiner Arbeit für die Nationalbank war Leutwiler, ein promovierter Volkswirt, auch als Dozent für Notenbankpolitik an der Universität Zürich sowie als Präsident der Bank für internationalen Zahlungsausgleich tätig, später wurde er Verwaltungsratsmitglied verschiedener großer Schweizer Firmen wie Brown Boveri & Cie., Ciba-Geigy und Nestlé und erhielt als international renommierter Experte für Währungspolitik die Ehrendoktorwürden der Universitäten Bern, Lausanne und Zürich.⁴⁸ Die Mitglieder des Machtzirkels, dem Leutwiler angehörte, setzten sich immer wieder gegenseitig in hohe Ämter und Gremien ein, was nicht nur zu einer permanenten Selbstreproduktion dieser Elite beitrug, sondern auch zu einer Homogenität, wenn nicht gar Konformität bezüglich deren Mentalität, Politikanalyse und Staatsverständnis.⁴⁹ Die außergewöhnlich hohe Rücklaufquote der von der Forschungsstelle verschickten Fragebögen von knapp 85% kann insofern als Indiz für das Pflicht-, aber auch für das Machtbewusstsein dieser Personengruppe gelten.⁵⁰ Für die Verbesserung und Weiterentwicklung des schweizerischen Gesamtverteidigungssystems

-
- 45 Vgl. CH-BAR#E5680-04#2000/96#4*, Az. 1-4, Forschung Arbeitsgruppe Bedrohung, 1972–1979, Zwei Befragungen zur sicherheitspolitischen Lage der Schweiz in den achtziger Jahren vom 1.7.1979.
- 46 Jakob Tanner, Militär und Gesellschaft in der Schweiz nach 1945, in: Ute Frevert (Hg.), Militär und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1997, S. 314–341, hier S. 319.
- 47 Vgl. CH-BAR#E5680-04#2000/96#4*, Az. 1-4, Forschung Arbeitsgruppe Bedrohung, 1972–1979, Szenarien für die Schweiz in den achtziger Jahren vom 20.7.1979.
- 48 Vgl. Sarah Brian Scherer, Leutwiler, Fritz, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D29589.php> [Stand: 25.11.2008].
- 49 Vgl. CH-BAR#E5680-04#2000/96#4*, Az. 1-4, Forschung Arbeitsgruppe Bedrohung, 1972–1979, Zwei Befragungen zur sicherheitspolitischen Lage der Schweiz in den achtziger Jahren vom 1.7.1979.
- 50 Vgl. CH-BAR#E5680-04#2000/96#4*, Az. 1-4, Forschung Arbeitsgruppe Bedrohung, 1972–1979, Bericht über die Ergebnisse der zweiten Befragung zur gegenwärtigen und zukünftigen sicherheitspolitischen Lage der Schweiz vom 10.12.1978.

zeichnete folglich ein exklusives, männliches, einflussreiches Netzwerk verantwortlich, das starke selbstreferenzielle Strukturen aufwies.

Die Erarbeitung der sicherheitspolitischen Grundlagenstudien sowie der Bedrohungsszenarien als ihrem Kernstück orientierte sich an Verfahren des Monitorings, der Systemanalyse, der Formalisierung und der Optimierung. Diesen Verfahren lag eine für den Kalten Krieg spezifische Denkweise zu grunde, die jüngst als „Cold War rationality“ bezeichnet wurde. Vor dem Hintergrund eines stets drohenden Nuklearkrieges entstanden, zielt diese neue, regelgeleitete Form von Rationalität darauf ab, den Unsicherheitsfaktor Mensch bei Entscheidungen so weit wie möglich auszuschalten.⁵¹

Von der ökonomischen Bedrohung zur Rückkehr der nuklearen Gefahr

In diesem Abschnitt untersuche ich die Wechselwirkungen zwischen den politischen Konjunkturen des Kalten Krieges und den entwickelten Bedrohungsszenarien. Dabei wird sich zeigen, dass sich zu Beginn der 1980er Jahre ein paradigmatischer Wandel in der Bedrohungswahrnehmung vollzog, indem sich die sicherheitspolitische Aufmerksamkeit nunmehr weniger auf potentielle ökonomische, militärische und innenpolitische Krisenlagen, sondern auf die Möglichkeiten des Weiterlebens nach einer Atomkatastrophe richtete. Dieser Wandel in den Bedrohungsbildern lässt sich auf den Übergang von der Entspannungspolitik zum Zweiten Kalten Krieg zurückführen. Die imaginären Bedrohungsszenarien orientieren sich folglich an den Konjunkturen des Kalten Krieges.

Das mit Hilfe der Expertenbefragungen und Klausurtagungen ermittelte Bedrohungswissen mündete 1979 in ein Papier mit dem Titel „Szenarien für die Schweiz in den achtziger Jahren“. Die drei darin skizzierten Globalszenarien basierten alle auf der Annahme, dass sich die Konfliktlinien im kommenden Jahrzehnt verschieben und künftig eher ökonomische als militärische Auseinandersetzungen dominieren würden. Die von den schweizerischen Experten formulierte Einschätzung beruhte auf drei Faktoren: Erstens erschien eine erneute ökonomische Notlage aufgrund der Erfahrungen der Öl- bzw. Weltwirtschaftskrise Mitte der 1970er Jahre als äußerst plausibel. In Bezug auf die Schweiz wurde erwartet, dass die Erdölabhängigkeit in den 1980er Jahren weiter zunehmen würde, die volkswirtschaftliche Situation bei einem Versorgungsengpass und bei Erdölpreiserhöhungen im Vergleich zur Situation von 1973/1974 jedoch „weitaus schlechter sein dürfte“.⁵² Tatsächlich kam es ab 1979, als im Zuge der iranischen Revolution die dortige Erdölförderung

51 Vgl. Paul Erickson, Judy L. Klein, Lorraine Daston, Rebecca Lemov, Thomas Sturm u. Michael D. Gordin, How Reason Almost Lost Its Mind: The Strange Career of Cold War Rationality, Chicago u. London 2013.

52 CH-BAR#E5680-04#2000/96#4*, Az. 1-4, Forschung Arbeitsgruppe Bedrohung, 1972–1979, Szenarien für die Schweiz in den achtziger Jahren vom 20.7.1979 (Hervorhebung im Original).

für die westlichen Staaten eingestellt wurde, zu einer zweiten Ölkrise, die 1981 ihren Höhepunkt erreichte.⁵³ Zweitens war ein starker Glaube an das Gleichgewicht des Schreckens, also an die atomare Pattsituation respektive an die Strategie des nuklearen Zweitschlags vorherrschend. Dieses „labile [...] militärische [...] Abschreckungssystem“ drohte, so die Einschätzung der sicherheitspolitischen Experten, in der kommenden Dekade indessen aus dem Gleichgewicht zu geraten, was zu einer steigenden Spannung des Ost-West-Verhältnisses und damit zu einer Erhöhung der Kriegswahrscheinlichkeit in Europa beitragen würde.⁵⁴ Drittens wurde – wiederum aufgrund von wirtschaftlichen Verteilungs- und Machtkämpfen – vermutet, dass der Nord-Süd-Konflikt zunehmend an Bedeutung gewinnen und „in nächster Zukunft wohl das weltpolitische Schicksal entscheiden“ würde.⁵⁵

Trotz der Dominanz der ökonomischen Bedrohung postulierten die sicherheitspolitischen Experten für die 1980er Jahre auch eine steigende militärische Bedrohung Westeuropas durch die Staaten des Warschauer Paktes, „verursacht durch ein absolut zunehmendes *Ungleichgewicht der Macht*“ zu Ungunsten des Westblocks. Dieser Machtverlust des Westens wurde in erster Linie mit sinkenden Verteidigungsanstrengungen begründet; dazu beitragen würden auch eine innere Schwächung der NATO, Gegensätze und zunehmende Spannungen innerhalb der westeuropäischen Staaten, eine Bedeutungseinbuße der Bundesrepublik Deutschland und eurokommunistische Parteien. Umgekehrt wurde der prognostizierte Machtgewinn des Ostens hauptsächlich mit gesteigerten Rüstungsanstrengungen erklärt und dabei befürchtet, diese sowjetischen Aufrüstungsbemühungen würden von einer „Politik der Stärke“ begleitet, die wiederum „zu einer ‚Flucht nach vorn und außen‘, gegen den Westen“ führen könnte, um innere wirtschaftliche, politische und ideologische Probleme zu verdecken bzw. zu kompensieren. Bei dieser Annahme einer erhöhten europäischen Kriegswahrscheinlichkeit stand indessen weniger das Szenario eines Atomkrieges als vielmehr dasjenige eines isolierten Krieges mit konventionellen Waffen – beispielsweise zwischen Staaten des Warschauer Paktes und Jugoslawien – im Vordergrund.⁵⁶

Wie diese Hinweise illustrieren, flossen aktuelle globale Entwicklungen und Ereignisse unmittelbar in die von den Experten erarbeiteten Bedrohungsszenarien ein, das heißt, die Bedrohungsvorstellung verlief parallel zum

53 Zu den Ölkrisen im Kalten Krieg vgl. u.a. Bernd Stöver, *Der Kalte Krieg 1947–1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters*, München 2007, S. 327–336.

54 CH-BAR#E5680-04#2000/96#4*, Az. 1-4, Forschung Arbeitsgruppe Bedrohung, 1972–1979, Zwei Befragungen zur sicherheitspolitischen Lage der Schweiz in den achtziger Jahren vom 1.7.1979.

55 CH-BAR#E5680-04#2000/96#4*, Az. 1-4, Forschung Arbeitsgruppe Bedrohung, 1972–1979, Szenarien für die Schweiz in den achtziger Jahren vom 20.7.1979.

56 CH-BAR#E5680-04#2000/96#4*, Az. 1-4, Forschung Arbeitsgruppe Bedrohung, 1972–1979, Zwei Befragungen zur sicherheitspolitischen Lage der Schweiz in den achtziger Jahren vom 1.7.1979.

beobachteten Verlauf des Kalten Krieges. Gegen Ende der 1970er Jahre war – einerseits aufgrund der Entspannungs-, andererseits aufgrund der Abschreckungspolitik – eine atomare Bedrohung deshalb in relative Ferne gerückt.⁵⁷ Erwartet wurde vielmehr, dass für die Schweiz „vor allem *politische Instabilitäten und Unsicherheiten innerhalb Westeuropas* und die *Verschlechterung der internationalen Wirtschaftslage* als Bedrohungszunahme“ wirksam würden: „Diese ‚äußere Bedrohung ohne Krieg‘ ist für die Schweiz in den nächsten zwölf Jahren von größter Signifikanz.“⁵⁸ Insgesamt malte der Bericht über die Ergebnisse der beiden Expertenbefragungen für die Zukunft der Schweiz ein düsteres Bild, da „[n]eue und neuartige Entwicklungen und Gefahren [...] die Sicherheit unseres Landes in bislang nicht bekannter Weise beeinträchtigen“, und er endete mit der Schlussfolgerung: „Der Ausblick ist beängstigend“.⁵⁹

Den wahrgenommenen Bedrohungen standen zu diesem Zeitpunkt allerdings eine nur mäßige politische Bedeutung der Gesamtverteidigung sowie eine personelle und finanzielle Unterdotierung sowohl der Zentralstelle für Gesamtverteidigung als auch der sicherheitspolitischen Grundlagenstudien gegenüber. Zudem wurde selbstkritisch eingeräumt, die bisherigen Arbeiten seien vielleicht konzeptionell zu stark auf die Überprüfung des Gesamtverteidigungssystems ausgerichtet gewesen und hätten binnen nützlicher Frist zu wenig praktische Ergebnisse gezeitigt.⁶⁰ Gleichwohl gelangten Mitarbeiter der Zentralstelle zur generellen Einschätzung, dass „[k]ein ernst zunehmendes Land [...] so wenig für Bedrohungsstudien auf[wendet] wie die Schweiz.“⁶¹ Angestrebt wurde deshalb ein institutioneller Ausbau der sicherheitspolitischen Forschung in Form einer Forschungsstelle innerhalb der Zentralstelle für Gesamtverteidigung;⁶² diese Ausbaupläne gingen 1981 in Erfüllung.⁶³ 1983 wurde die Forschung im Bereich der sicherheitspolitischen Grundlagenstudien

⁵⁷ Zur Entspannungs- und Abschreckungspolitik im Kalten Krieg vgl. Stöver (wie Anm. 53), S. 381–409.

⁵⁸ CH-BAR#E5680-04#2000/96#4*, Az. 1-4, Forschung Arbeitsgruppe Bedrohung, 1972–1979, Zwei Befragungen zur sicherheitspolitischen Lage der Schweiz in den achtziger Jahren vom 1.7.1979 (Hervorhebung im Original).

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ Vgl. CH-BAR#E5680-04#2000/96#7*, Az. 1-7, Forschungsplan ZGV, 1974–1987, Aktennotiz über die Besprechung betreffend die Weiterführung der sicherheitspolitischen Grundlagenstudien vom 29.2.1980, Aktennotiz über die Besprechung betreffend die Weiterführung der sicherheitspolitischen Grundlagenstudien vom 11.3.1980.

⁶¹ CH-BAR#E5680-04#2000/96#7*, Az. 1-7, Forschungsplan ZGV, 1974–1987, Aktennotiz über die Besprechung betreffend die Weiterführung der sicherheitspolitischen Grundlagenstudien vom 29.2.1980.

⁶² Vgl. CH-BAR#E5680-04#2000/96#7*, Az. 1-7, Forschungsplan ZGV, 1974–1987, Aktennotiz über die Besprechung betreffend die Weiterführung der sicherheitspolitischen Grundlagenstudien vom 11.3.1980.

⁶³ Vgl. Hanspeter Rütti-Rohrer, Die Leitungsorganisation für Gesamtverteidigung als besondere Stabsorganisation des Bundesrates, Zürich 1984, S. 60f.

reorganisiert und die entsprechende Arbeitsgruppe aufgelöst.⁶⁴ Damit fand eine erste, von 1974 bis 1983 dauernde Phase sicherheitspolitischer Forschung in der schweizerischen Gesamtverteidigung ihren Abschluss, in welcher die Erarbeitung von Bedrohungsszenarien im Zentrum gestanden hatte. Wenngleich die praktischen Resultate der sicherheitspolitischen Grundlagenstudien bescheiden waren, weisen die Bedrohungsstudien trotzdem deutlich darauf hin, dass die Blockkonfrontation in der Schweiz durchaus als Krieg aufgefasst wurde: Die mittels der Bedrohungsstudien angestrebte Optimierung des Gesamtverteidigungssystems sollte eine permanente Verteidigungsbereitschaft ermöglichen. Dies stellt ein Indiz für den „war-like character“ des schweizerischen Kalten Krieges dar.⁶⁵

In den Bedrohungsstudien kam der nuklearen Gefahr nur eine untergeordnete Rolle zu. In den 1980er Jahren kehrte diese Bedrohungsform indessen mit Vehemenz in die öffentliche und sicherheitspolitische Diskussion zurück. Im Mai 1983 wandte sich der Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements in einem Schreiben an den Chef des Eidgenössischen Militärdepartements,⁶⁶ in welchem er feststellte, dass

„[e]ine ausgesprochene Informationslücke [...] hinsichtlich der Problematik des Weiterlebens im Falle einer Verseuchung durch radioaktiven Ausfall oder durch sesshaft eingesetzte chemische Kampfstoffe [besteht]. [...] Das Fehlen allgemein verständlicher, sachlich richtiger und der besonderen Lage eines neutralen Kleinstaates Rechnung tragender Informationen auf diesem Gebiet führt zur Verunsicherung der Öffentlichkeit. Damit steht der Weg offen für Spekulationen und Schlagworte wie zum Beispiel ‚Die Lebenden werden die Toten beneiden‘, welche sich mit der Zielsetzung unserer Sicherheitspolitik nicht vereinbaren lassen und welche den Sinn der Armee und des Zivilschutzes in Frage stellen.“⁶⁷

Auslöser für die vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeivorsteher wahrgenommene, erhöhte Sensibilisierung der Bevölkerung für die Frage des Weiterlebens nach einer Atomkatastrophe war eine erneute Verhärtung der Ost-West-Beziehungen ab 1979. Diese auch als Zweiter Kalter Krieg bezeichnete Phase der Blockkonfrontation hing im europäischen Kontext hauptsächlich

64 Vgl. CH-BAR#E5680-04#2000/96#7*, Az. 1-7, Forschungsplan ZGV, 1974–1987, Protokoll der 1. Sitzung des Stabes für Gesamtverteidigung vom 20.1.1983.

65 Vgl. dazu jüngst Holger Nehring, Review-Article. What was the Cold War?, in: English Historical Review 127, 2012, H. 527, S. 920–949.

66 Vgl. CH-BAR#E5680(C)#1999/14#153, Az. 462.3, Studie Weiterleben; Diverse Schreiben inkl. Protokolle und Aktennotizen aus Sitzungen, 1983, Schreiben von Bundesrat Rudolf Friedrich an Herrn Bundesrat G.-A. Chevallaz vom 25.5.1983.

67 CH-BAR#E5680(C)#1999/14#153, Az. 462.3, Studie Weiterleben; Diverse Schreiben inkl. Protokolle und Aktennotizen aus Sitzungen, 1983, Information der Öffentlichkeit über die Problematik einer mittel und langfristigen Verseuchung durch radioaktiven Ausfall oder durch sesshafte chemische Kampfstoffe.

mit dem so genannten NATO-Doppelbeschluss zusammen. In erster Linie als Reaktion auf den Ausbau des sowjetischen Potenzials an Mittelstreckenraketen in Europa gefasst sah dieser Beschluss zum einen eine erneute nukleare Nachrüstung vor, zum anderen wollte die NATO mit der Sowjetunion Verhandlungen über einen gegenseitigen Abbau des Atomwaffenarsenals aufnehmen. Die schließlich 1983 vollzogene Stationierung von Marschflugkörpern und Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik, in Italien und in Großbritannien gab in zahlreichen Ländern auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs Anlass zu Massenprotesten und führte zur Bildung einer neuen Friedensbewegung mit gesamteuropäischem bzw. transatlantischem Charakter.⁶⁸ Auch in der Schweiz fanden Demonstrationen für den Frieden statt. 1981 versammelten sich in Bern zwischen 30.000 bis 40.000, 1982 in Genf rund 20.000 und 1983 wiederum in Bern 40.000 bis 50.000 Menschen, um in Ost und West eine gleichzeitige Abrüstung zu fordern; ein internationaler Sternmarsch für den Frieden führte 1982 zudem nach Basel, Baden und ins Elsass.⁶⁹ Zusätzlich entfachten populäre Darstellungen einer imaginierten atomaren Apokalypse, wie sie beispielsweise der US-amerikanische TV-Film „The Day After“ zeigte,⁷⁰ sowie Spekulationen über das befürchtete Phänomen des so genannten nuklearen Winters, sprich durch Kernwaffeneinsätze verursachte klimatische Veränderungen, einen erhöhten Wissensbedarf.⁷¹ Um das konstatierte Informationsdefizit zu beheben, wurde die Bildung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe unter der Leitung der Zentralstelle für Gesamtverteidigung beschlossen. Diese sollte die Auswirkungen eines Nuklearkrieges für die Schweiz studieren.⁷²

Die nukleare Katastrophe beherrschen?

In diesem Abschnitt steht die Erarbeitung der Studie „Weiterleben“ in den 1980er Jahren im Zentrum. Zentral – und neuartig – an der in den 1980er Jahren einsetzenden sicherheitspolitischen Diskussion war eine inhaltliche

-
- 68 Vgl. dazu Philipp Gassert, Tim Geiger u. Hermann Wentker, Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung: Einleitende Überlegungen zum historischen Ort des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, in: dies. (Hg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 7–29.
- 69 Vgl. Thomas Bein u. Rudolf Epple, Die Friedensbewegung heute: Rahmenbedingungen und Tendenzen, in: Forum für praxisbezogene Friedensforschung (Hg.), Handbuch Frieden Schweiz, Basel 1986, S. 91–122, hier S. 91f. Zur Geschichte der schweizerischen Friedensbewegung vgl. auch Jakob Tanner, Le pacifisme Suisse après 1945, in: Relations internationales 53, Frühling 1988, S. 69–82.
- 70 Vgl. den Eintrag zu „The Day After“ in der Internet Movie Database: <http://www.imdb.com/title/tt0085404/> [Stand: 26.2.2014].
- 71 Vgl. Zentralstelle für Gesamtverteidigung (Hg.), Schlussbericht Weiterleben (verfasst von B. Anet, H. Braun, M. Dufour, T. Rüdy und P. Winiger), Bern 1989 (Studien zur Sicherheitspolitik Nr. 1/1989), S. 1.
- 72 Vgl. CH-BAR#E5680(C)#1999/14#153, Az. 462.3, Studie Weiterleben; Diverse Schreiben inkl. Protokolle und Aktennotizen aus Sitzungen, 1983, Schreiben von G.-A. Chevallaz an Herrn Bundesrat Rudolf Friedrich vom 27.6.1983.

Verschiebung, die sich als paradigmatischer Wandel vom Problem des Überlebens hin zum Problem des Weiterlebens beschreiben lässt: Während bis zu diesem Zeitpunkt das Überleben von Waffenwirkungen in der Angriffs- und Nachangriffssphase im Zentrum der zivilschützerischen Überlegungen gestanden hatte, fand nun eine intensive Debatte darüber statt, ob bzw. wie eine Gesellschaft nach einem Atombombeneinsatz überhaupt weiterleben könne.⁷³ Mit dieser neuen Fragestellung stellte die Studie „Weiterleben“ die erste offizielle Kriegsfolgestudie der Schweiz dar.⁷⁴ Als deren Wissensgrundlage fungierten wiederum Szenariobildungen, die sich vor allem in der Anfangsphase der mehrjährigen Studie stark an der „Cold War rationality“ orientierten.

Um das Problem des Weiterlebens zu studieren, wurde im Januar 1984 die so genannte Studiengruppe Weiterleben eingesetzt. Diese Studiengruppe bestand aus Vertretern der Gruppe für Rüstungsdienste des Militärdepartements, des Bundesamtes für Zivilschutz und der Zentralstelle für Gesamtverteidigung, denen für ihre Arbeit weitere Fachexperten aus der Verwaltung sowie Spezialisten im Rahmen militärischer Fachdienstleistungen zur Verfügung standen. Sie erhielt den Auftrag, die langfristigen Auswirkungen von atomaren, biologischen und chemischen Kriegsereignissen auf die Schweiz zu untersuchen, um damit eine sachlich fundierte Information sowohl der Führungsorgane der Gesamtverteidigung als auch der Bevölkerung zu gewährleisten. Dazu sollten Szenarien für verschiedene ABC-Kriegsereignisse erarbeitet, die Auswirkungen dieser Szenarien auf die natürliche Umwelt und auf den Menschen analysiert sowie die Folgen für die geschaffene Umwelt, die Landesinfrastruktur und die Gesellschaft studiert werden.⁷⁵ Der Zweck der Studie „Weiterleben“ bestand in „der Erkenntnis und Beschreibung der Störempfindlichkeit des ‚Systems Schweiz‘, an welcher sich zukünftige sicherheitspolitische Anstrengungen zu orientieren haben werden.“⁷⁶ Dieses sicherheitspolitische Ziel – im Hinblick auf potenzielle atomare Kriegsereignisse Verteidigungslücken zu erkennen und zu schließen – verdeutlicht wiederum den „war-like character“ des schweizerischen Kalten Krieges. Die technokratische Vision der Studie „Weiterleben“ bestand folglich darin, Planungs- und Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten, um die Folgen eines Nuklearkrieges beherrschbar zu machen.

73 Vgl. CH-BAR#E5680(C)#1999/14#153, Az. 462.3, Studie Weiterleben; Diverse Schreiben inkl. Protokolle und Aktennotizen aus Sitzungen, 1983, Information der Öffentlichkeit über die Problematik einer mittel und langfristigen Verseuchung durch radioaktiven Ausfall oder durch sesshafte chemische Kampfstoffe; CH-BAR#E5680(C)#1999/14#154*, Az. 462.3, Studie Weiterleben; Diverse Schreiben, 1984, Der Auftrag zur Bildung der Studiengruppe Weiterleben vom 27.8.1984.

74 Vgl. Schnyder (wie Anm. 6), S. 49.

75 Vgl. CH-BAR#E5680(C)#1999/14#154*, Az. 462.3, Studie Weiterleben; Diverse Schreiben, 1984, Der Auftrag zur Bildung der Studiengruppe Weiterleben vom 27.8.1984; Zentralstelle für Gesamtverteidigung (wie Anm. 71), S. 1 u. 4.

76 Zentralstelle für Gesamtverteidigung (wie Anm. 71), S. 3.

Die Studiengruppe Weiterleben präsentierte im Oktober 1984 erste Resultate zu den technisch-naturwissenschaftlichen Aspekten der Erholungsfähigkeit nach ABC-Kriegsereignissen. Im Hinblick auf einen möglichen Atomwaffeneinsatz waren dafür die Auswirkungen der EMP-Wirkung (elektromagnetischer Puls), des Luft- und Erdstoßes, der Hitze- und Brandwirkungen, der Radioaktivität sowie der klimatischen Effekte auf Mensch, zivile Infrastruktur und natürliche Umgebung untersucht worden.⁷⁷ Obwohl die Mitglieder der Studiengruppe zur Auffassung gelangten, die Schweiz könne sich von beschränkten Nuklearkriegsereignissen erholen, zeitigten die Ergebnisse auch „Zeichen einer Ernüchterung“, da den Verantwortlichen bewusst wurde, dass eine Vereinfachung und Beschränkung auf die technischen Aspekte einer Atomkatastrophe eine unzulässige Komplexitätsreduktion darstellte.⁷⁸ Befürchtet wurde zum einen, das Zusammenwirken von in der Studie isoliert betrachteten Parametern könnte sich negativ auf die Chance des Weiterlebens auswirken, zum anderen wurde bemängelt, dass sich die Bevölkerung optimal verhalten müsste, um das Weiterleben tatsächlich sicherzustellen.⁷⁹ Die Führungsorgane der schweizerischen Gesamtverteidigung beschlossen deshalb, diese Problemkreise in einer Folgestudie eingehender zu beleuchten; insbesondere sollten aus human-, geistes- und sozialwissenschaftlicher Perspektive Erkenntnisse darüber erlangt werden, „wie sich die Bevölkerung angesichts des atomaren Schreckelerlebnisses verhalten könnte und wie aufgrund der zu erwartenden Reaktionen die Weiterlebens-Chancen zu veranschlagen sind.“⁸⁰

Um diese Fragekomplexe bearbeiten zu lassen, machte sich die Zentralstelle für Gesamtverteidigung auf die Suche nach Experten für die Bildung einer neuen Studiengruppe Weiterleben; diese Suche gestaltete sich jedoch als „schwierig, da sich bei uns bisher relativ wenig ‚objektive Wissenschaftler‘ mit Themen dieser Art beschäftigt haben.“⁸¹ Dieser Vorbehalt bezüglich der Objektivität von Experten weist auf eine seit den 1960er Jahren einsetzende und sich in den 1980er Jahren akzentuierende gesellschaftliche Veränderung hin, die sich laut Jakob Tanner gegen „die Militärzentrierung des schweizerischen Staatsverständnisses“ richtete und ihren Ausdruck in einer wachsenden

⁷⁷ Vgl. Zentralstelle für Gesamtverteidigung (Hg.), Bericht Weiterleben. Auswirkungen von A-, B- und C-Kriegsereignissen auf die Schweiz und Abschätzung der Erholungsfähigkeit (verfasst von B. Anet, H. Braun, M. Dufour, T. Rüdy und P. Winiger), Bern 1988 (Studien zur Sicherheitspolitik Nr. 12/1988), S. 1.

⁷⁸ Vgl. Zentralstelle für Gesamtverteidigung (wie Anm. 71), S. 1f., Zitat S. 1.

⁷⁹ Vgl. CH-BAR#E5680(C)#1999/14#155*, Az. 462.3, Studie Weiterleben; Diverse Schreiben, 1985, Antrag an den Stab GV betreffend die Weiterführung des Projektes Weiterleben vom 28.11.1985.

⁸⁰ Ebd.

⁸¹ CH-BAR#E5680(C)#1999/14#155*, Az. 462.3, Studie Weiterleben; Diverse Schreiben, 1985, Schreiben von Dr. H. Braun an Frau Bundesrätin E. Kopp und Herrn Bundesrat J. P. Delamuraz vom 29.5.1985.

Zahl von Zivilschutz- und Armeekritikern fand.⁸² Eine kritischere gesellschaftliche Wahrnehmung des Zivilschutzes setzte bereits in den frühen 1980er Jahren mit dem Aufkommen der neuen Friedensbewegung ein. Im Zentrum der Debatte stand dabei die Frage nach der Wirksamkeit von bestehenden Zivilschutzmassnahmen, beispielsweise von Schutzräumen, angesichts neuer, wenn auch kontroverser Forschungsergebnisse über mögliche Auswirkungen von Nuklearkriegen.⁸³ 1984 fand zudem eine Volksabstimmung über eine Zivildienstinitiative statt, welche den Wehrpflichtigen die Wahl zwischen Militär- und Zivildienst lassen wollte; diese Volksinitiative wurde vom Volk allerdings verworfen.⁸⁴ Ihren Höhepunkt erreichte die Armeekritik sodann 1989 mit einer Abstimmung über eine von der „Gruppe für eine Schweiz ohne Armee“ lancierten eidgenössischen Volksinitiative zur Armeeabschaffung, welcher unerwartet über ein Drittel der Stimmberchtigten zustimmten.⁸⁵

Die neue Studiengruppe Weiterleben konnte Anfang 1986 ihre Arbeit aufnehmen. Zudem beauftragte die Zentralstelle die private Syntropie-Stiftung für Zukunftsgestaltung, „die medizinischen, psychologischen, soziologischen, sozial-ethischen, wirtschaftlichen u.a. Aspekte der Erholungsfähigkeit“ nach einem Nuklearkrieg zu studieren.⁸⁶ Die Syntropie-Stiftung für Zukunftsgestaltung stand für eine Mischung zwischen der etablierten und der alternativen Zukunftsforschung in der Schweiz.⁸⁷ Ansätze zu einer vermehrt alternativen, kritischen, partizipativen Zukunftsforschung gingen aus den neuen sozialen und ökologischen Bewegungen hervor und institutionalisierten sich vor allem in alternativen Umweltforschungsinstituten.⁸⁸ Grundsätzlich zielte die Kritik dieser neuen gegenüber der etablierten Zukunftsforschung auf den Vorwurf, letztere habe sich zu stark in den Dienst staatlicher Planung gestellt und damit bestehende Herrschaftsstrukturen gestärkt, anstatt gesellschaftliche und politische Lernprozesse in Gang zu setzen und die betroffenen Menschen an den Planungsprozessen zu beteiligen. Die alternative Zukunftsforschung wollte indessen keineswegs, wie dies Alexander Schmidt-Gernig dargestellt hat, auf

82 Vgl. dazu Tanner (wie Anm. 46), S. 337–340, Zitat S. 338.

83 Vgl. Yves Meier u. Martin Meier, Zivilschutz – Ein Grundpfeiler der Schweizer Landesverteidigung im Diskurs, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 60, 2010, Nr. 2, S. 212–236, hier S. 224–226.

84 Vgl. Rudolf Epple-Gass, Friedensbewegung und direkte Demokratie in der Schweiz, Frankfurt a.M. 1988, insbes. S. 83–98.

85 Vgl. Bernard Degen, Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA), in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D15312.php> [Stand: 7.2.2006].

86 CH-BAR#E5680(C)#1999/14#119*, Az. 450.3, Forschungsverträge; Syntropie, April 1988 und Mai 1989. Human und Sozialwiss.schaft. Aspekte der Erholungsfähigkeit der CH im Falle atomarer Kriegsereig., 1988–1989, Vertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Syntropie-Stiftung für Zukunftsgestaltung vom 28.4.1986.

87 Vgl. Canzler (wie Anm. 38), S. 218.

88 Vgl. Steinmüller (wie Anm. 8), S. 46f.

die „Leitvorstellung gesellschaftlicher Steuerung“ verzichten.⁸⁹ Deren Entstehung ist vielmehr als eine Reaktion auf die in den 1970er Jahren einsetzende Technokratiekritik zu verstehen, bei der, so Dirk van Laak,

„[d]ie forschen Illusionen einer kybernetischen Gesellschaft [...] zunehmend von systemtheoretischen und ökologischen Gedankenmodellen herausgefordert [wurden], die sich von jeder optimistischen Geradlinigkeit verabschiedeten. In der reflexiven ‚Risikogesellschaft‘ erschienen technokratische Ansätze nicht mehr nur als potenziell inhuman, sondern auch als hochgefährlich.“⁹⁰

Willy Bierter, promovierter Physiker und Berater und Publizist auf den Gebieten Umwelt, Technologie, Arbeit und Wirtschaft, der die Studie „Human- und sozialwissenschaftliche Aspekte der Erholungsfähigkeit der Schweiz im Falle atomarer Kriegsereignisse“ im Namen der Syntropie-Stiftung für Zukunftsgestaltung verfasste, war ein Vertreter dieser systemtheoretisch ausgerichteten, ökologisch fundierten und reflexiv orientierten Weiterentwicklung der Zukunftsforchung.⁹¹

Mittels einer qualitativen Skizzierung von zwei Nuklearkriegsszenarien – einem taktischen Nuklearkrieg an der innerdeutschen Grenze und einem taktischen Nuklearkrieg mit Einbezug der Schweiz – analysierte Bierter die Auswirkungen einer atomaren Katastrophe für die schweizerische Gesellschaft im Hinblick auf ökonomische, institutionelle, gesundheitlich-psychische und ökologische Schäden.⁹² Methodisch begründete er seine qualitative Analyse damit, man dürfe

„sich nicht darauf beschränken, Zerstörungen und Schäden in den verschiedenen Teilbereichen der Gesellschaft zu messen [...]. Denn die Ergebnisse solcher rein quantitativer und isolierter Einschätzungen der Auswirkungen eines Nuklearkrieges vermitteln nicht nur ein unvollständiges, sondern sogar ein über weite Strecken falsches Bild einer Nach-Nuklearkriegs-Realität; dies hauptsächlich, weil solche Abschätzungen das Wichtigste außer acht lassen, nämlich die mannigfaltigen Wechselbeziehungen der verschiedenen untereinander verflochtenen Teilbereiche eines modernen Industriestaates und die sich daraus ergebende [...] Verletzlichkeit und Störanfälligkeit.“⁹³

89 Vgl. Alexander Schmidt-Gernig, „Futorologie“ – Zukunftsforchung und ihre Kritiker in der Bundesrepublik der 60er Jahre, in: Haupt/Requate (wie Anm. 12), S. 109–131, hier S. 123–125, Zitat S. 124.

90 Van Laak (wie Anm. 14), S. 126.

91 Vgl. Willy Bierter: <http://www.product-life.org/de/archiv/cv/willy-bierter> [Stand: 26.2.2014].

92 Vgl. Zentralstelle für Gesamtverteidigung (Hg.), Human- und sozialwissenschaftliche Aspekte der Erholungsfähigkeit der Schweiz im Falle atomarer Kriegsereignisse (verfasst von W. Bierter), Bern 1988 (Studien zur Sicherheitspolitik Nr. 10/1988).

93 Ebd., S. 9.

Bierter warf den bisher erarbeiteten Studien folglich vor, die Systemkomplexität einer modernen, industrialisierten, hochgradig vernetzten Gesellschaft massiv unterschätzt zu haben. In seiner Untersuchung gelangte Bierter zur Haupterkenntnis, dass „Bemühungen um einen Wiederaufbau- und Erholungsprozess [...] angesichts der überwältigenden Zahlen an Toten und Verletzten, der riesigen Zerstörungen an Wohnraum, Industrien, Infrastruktureinrichtungen und an lebenswichtigen Transport- und Kommunikationseinrichtungen eher hoffnungslos an[muten].“⁹⁴ Zudem müsse eingesehen werden, dass „in einer größeren atomaren Katastrophe die Ärzte und das Pflegepersonal in den direkt betroffenen Gebieten weit überfordert wären“.⁹⁵ In seinen Schlussfolgerungen plädierte Bierter deshalb dafür, gegen atomare Katastrophen verschiedene Verhinderungs- und Linderungsstrategien zu etablieren, so namentlich eine auf Fragen der Friedenssicherung fokussierte Außenpolitik sowie umfassende und präventiv ausgerichtete Strategien und Maßnahmen zur Verringerung der Verletzbarkeit und Störanfälligkeit von Industriegesellschaften.⁹⁶ Die Resultate der Studie Weiterleben stimmten mit verschiedenen wegweisenden internationalen Untersuchungen, die in den 1980er Jahren publiziert wurden, überein, so namentlich mit der unter der Bezeichnung SCOPE ENUWAR bekannten Studie über die „Umweltfolgen eines Nuklearkrieges“ sowie mit einer Studie der WHO über die „Auswirkungen von A-Kriegsereignissen auf das Gesundheitswesen“.⁹⁷

Die Führungsorgane der schweizerischen Gesamtverteidigung diskutierten den „Schlussbericht Weiterleben“ im April 1989. Dabei kamen auch die Reaktionen der Zivilschutzgegner gegenüber der Studie zur Sprache:

„Der Bericht wurde in Auftrag gegeben, weil man der Gesamtverteidigung vorwarf, dass sie sich wohl mit dem ‚Überleben‘, aber nicht mit dem ‚Weiterleben‘, dem Problem nachher, befasse. Die gleichen Kreise werfen nun der Gesamtverteidigung vor, dass ihre Abklärungen an höheren staatlichen Unsinn grenzen, weil sich diese Dinge gar nicht wissenschaftlich erforschen lassen.“⁹⁸

-
- 94 Zentralstelle für Gesamtverteidigung (Hg.), Human- und sozialwissenschaftliche Aspekte der Erholungsfähigkeit der Schweiz im Falle atomarer Kriegsereignisse. Eine zusammenfassende Darstellung der wichtigsten Ergebnisse (verfasst von W. Bierter), Bern 1989 (Studien zur Sicherheitspolitik Nr. 6/1989), S. 10.
- 95 Ebd., S. 11.
- 96 Ebd., S. 10f.
- 97 Vgl. Zentralstelle für Gesamtverteidigung (wie Anm. 71), S. 2. Bei den beiden Studien handelt es sich um: Scientific Committee on Problems of the Environment (SCOPE) of the International Council of Scientific Unions (ICSU) (Hg.), Environmental Consequences of Nuclear War, 2 Bände, Chichester etc. 1985-1987 (SCOPE, Band 28); World Health Organization (WHO) (Hg.), Auswirkungen eines Atomkriegs auf die Gesundheit und das Gesundheitswesen. Bericht des Internationalen Fachausschusses Medizin und Gesundheitswesen zur Verwirklichung der Resolution WHA 34.38, Kopenhagen 1984.
- 98 CH-BAR#E5680(C)#1999/14#178*, Az. 462.3, Studie Weiterleben; Diverse Dokumente und Schlussrapport, 1989, Schlussbericht „Weiterleben“: Genehmigung des Berichtes und der Anträge (Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Stabes für Gesamtverteidigung vom 6.4.1989).

Tatsächlich sahen sich Kritiker/innen von Armee und Zivilschutz durch die Studie „Weiterleben“ in ihrer Position bestätigt. Dies lässt sich exemplarisch an einem von einem Autorenkollektiv herausgegebenen Band mit dem Titel „Schutzraum Schweiz. Mit dem Zivilschutz zur Notstandsgesellschaft“ illustrieren, wo es heißt: „Die ganze Studie ernst zu nehmen und breit zu kritisieren, erlaubt, der Normalisierung des undenkbar Schrecklichen entgegenzutreten, verhindern zu helfen, dass die Welt in ein Konzentrationslager verwandelt wird.“⁹⁹ Die Verschiebung des Fokus der sicherheitspolitischen Forschung auf das Problem des Weiterlebens führte folglich weder bei Fachleuten noch bei einer interessierten Öffentlichkeit dazu, die Effektivität des zivilen Bevölkerungsschutzes für den Fall eines Atomkrieges wirkungsvoll zu bestätigen. Als die hohe Systemkomplexität eines modernen Staates in den Szenariobildungen der Studie „Weiterleben“ mit in Betracht gezogen wurde, trat dessen begrenzte Wirksamkeit vielmehr volumnfähiglich zutage.

Schluss

Dieser Beitrag befasste sich aus einer wissens- und gesellschaftsgeschichtlichen Perspektive mit der Wissensproduktion der schweizerischen Sicherheitspolitik in den 1970er und 1980er Jahren. Die sicherheitspolitische Forschung der Schweiz stellte die Grundlage einer technokratisch inspirierten Planungsvision im Bereich der Gesamtverteidigung dar: Sie trug wesentlich dazu bei, die Visionen einer Berechenbarkeit und einer Beherrschbarkeit von Bedrohungspotenzialen in der Schweiz des Kalten Krieges aufrecht zu erhalten und derart die Aufgaben und Funktionen der Gesamtverteidigungsorganisation zu legitimieren. Wie ich indessen gezeigt habe, scheiterte diese technokratische Vision Ende der 1980er Jahre.

Ich möchte nun zusammenfassend darstellen, was das Fallbeispiel der schweizerischen sicherheitspolitischen Forschung zur Geschichte des Kalten Krieges einerseits und zur Wissensgeschichte andererseits beitragen könnte. Der Forschungszyklus für die sicherheitspolitischen Grundlagenstudien der 1970er Jahre basierte auf den miteinander verknüpften Wissensgrundlagen von Kybernetik, Zukunftsforschung und Szenariotechnik. Verfolgt wurde das Ziel, das Gesamtverteidigungssystem kontinuierlich zu aktualisieren und aufzudatieren und dazu ständig die für die Schweiz relevanten Bedrohungspotenziale zu beobachten, um nationale Sicherheit zu gewährleisten. Das Schlüsselement des Forschungsplans, die Bedrohungsstudien, wurde wesentlich von hochkarätigen Vertretern aus der Wirtschaft, der Politik, dem Militär, der Verwaltung und der Wissenschaft mitentwickelt, die als Fachleute für sicherheitspolitische Fragen galten. Das geteilte Staatsverständnis dieses elitären und exklusiven Machtzirkels trug dabei ebenfalls technokratische Züge, die mit dem vorherrschenden Planungsoptimismus und der Verwissenschaftlichung der Sicherheitspolitik

99 Schnyder (wie Anm. 6), S. 57.

korrespondierten. Mit dem Ziel, ein nach kybernetischen Regeln operierendes Planungs- und Kontrollsysteem für die Gesamtverteidigung zu schaffen, versuchte die Schweiz den sicherheitspolitischen Herausforderungen des Kalten Krieges mit derselben Rationalität zu begegnen, wie dies auch die Staaten im Zentrum der Blockkonfrontation taten. Für eine wissenschaftliche Perspektive auf den Kalten Krieg verdeutlicht die schweizerische sicherheitspolitische Forschung, dass auch Staaten an der Peripherie des Kalten Krieges stark von der „Cold War rationality“ beeinflusst waren.

Ressourcenmangel, fehlende Unterstützung von anderen Departementen und Behörden des Bundes sowie die zeitweilig nur mäßige politische Bedeutung der Gesamtverteidigung waren Gründe dafür, dass die praktischen Ergebnisse, die aus der sicherheitspolitischen Forschung resultierten, wie im Falle der sicherheitspolitischen Grundlagenstudien bescheiden waren. Die für die Bedrohungsstudien und später auch für die Studie „Weiterleben“ unternommenen Anstrengungen zeigen allerdings, dass die Blockkonfrontation in der Schweiz als Krieg verstanden wurde, auf den es sich permanent vorzubereiten galt. Für die Geschichte des Kalten Krieges rückt das hier untersuchte schweizerische Fallbeispiel den „war-like character“ des Kalten Krieges deutlich in den Blick.

Die im Rahmen der sicherheitspolitischen Forschung erarbeiteten Bedrohungsszenarien verliefen parallel zu den Konjunkturen des Kalten Krieges. Während in den 1970er Jahren primär wirtschaftliche Krisenlagen im Vordergrund sicherheitspolitischer Überlegungen standen, kam es im Zuge des Zweiten Kalten Krieges zu einer Rückkehr der nuklearen Bedrohung. Diese Verschiebung in der Bedrohungswahrnehmung stieß einen paradigmatischen Wandel des zivilschützerischen Fokus vom Problem des Überlebens hin zu demjenigen des Weiterlebens an. Die in diesem Zusammenhang in Auftrag gegebene Studie „Weiterleben“ entstand mit der expliziten Absicht, in der Bevölkerung Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Frage nach den potenziellen Auswirkungen von Nuklearkriegen abzubauen und die Folgen einer nuklearen Katastrophe als bewältigbar darzustellen. Die im Rahmen der Studie „Weiterleben“ erstellten Szenariobildungen sollten für das Problem des Weiterlebens Planungs- und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, ohne die Komplexität einer modernen Gesellschaft in unzulässiger Weise zu reduzieren. Paradoxer- oder vielmehr ironischerweise stellten die für diese Studie entwickelten Zukunftsbilder das Weiterleben nach einem Atomkrieg letztlich infrage. Entgegen ihrer Intention unterfütterte die Studie „Weiterleben“ damit die zunehmende zivilgesellschaftliche Kritik am technokratischen Machbarkeitsglauben der schweizerischen Sicherheitspolitik und des Zivilschutzes.

Anschrift der Verfasserin: Sibylle Marti, Forschungsstelle für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Zürich, Rämistrasse 64, CH-8001 Zürich, sibylle.marti@fsw.uzh.ch